



Allgemeine Geschäftsbedingungen der W.I.S. SOC GmbH & Co. KG für Alarmmanagement (gültig ab 01.01.2025)

1. Allgemeine Bestimmungen

(1) Die W.I.S. SOC GmbH & Co. KG (nachfolgend W.I.S. genannt) übernimmt die Entgegennahme von Meldungen in der AES / Notruf- und Serviceleitstelle (NSL) sowie deren Prozesssteuerung und Bearbeitung, deren Art und derzeitiger Umfang sich aus dem jeweiligen Maßnahmenplan ergibt.

(2) Der Maßnahmenplan ist Bestandteil des Vertrages und erst dann verbindlich, wenn eine schriftliche Bestätigung durch W.I.S. erfolgt ist.

(3) Änderungen im Maßnahmenplan, wie z.B. Ansprechpartner oder Rufnummern müssen W.I.S. durch den Vertragspartner unverzüglich mitgeteilt werden, dies kann entweder schriftlich oder auch bei Nennung des Codewortes per Telefon mitgeteilt werden. Sie sind erst dann verbindlich, wenn eine schriftliche Bestätigung der vorgenommenen Änderung durch W.I.S. erfolgt.

(4) Alle Vereinbarungen, die zwischen W.I.S. und dem Auftraggeber zwecks Ausführung des Vertrages getroffen werden, sind in dem Vertrag schriftlich niedergelegt.

2. Geltungsbereich

(1) Nachfolgende Geschäftsbedingungen sind Bestandteil aller Angebote von W.I.S. und Grundlage ihrer Verkäufe, Lieferungen und Leistungen einschließlich Beratung und Auskünften (nachfolgend nur noch Leistungen genannt). Ohne wiederholte Erwähnung gelten sie auch für spätere Leistungen.

(2) Die allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich; entgegenstehende oder abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden erkennt W.I.S. nicht an, es sei denn, W.I.S. hätte ausdrücklich ihrer Geltung schriftlich zugestimmt. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch dann, wenn W.I.S. in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender Bedingungen des Kunden die Leistung vorbehaltlos ausführt.

(3) Die allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten sowohl gegenüber Verbrauchern als auch gegenüber Unternehmern, es sei denn, in der jeweiligen Klausel wird eine Differenzierung vorgenommen.

3. Vertragsschluss und -inhalt

(1) Vorvertragliche Mitteilungen (Angebote, Beschreibungen, Kostenvorschläge etc.) von W.I.S. sind freibleibend. Für Inhalt und Umfang des Vertrages ist eine schriftliche Auftragsbestätigung maßgebend.

(2) W.I.S. ist berechtigt, bei Auftragsbestätigung organisatorische und empfangstechnische Änderungen vorzunehmen, soweit sie sich im Einzelfall im Interesse der Leistungsfähigkeit der Prozessabläufe als sachdienlich erweisen und dem Auftraggeber zumutbar sind.

4. Preise / Entgelt

(1) Rechnungen sind mit Zugang sofort und ohne Abzug fällig und spätestens innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum zahlbar.

Erfolgt bis dahin keine Zahlung, ist W.I.S. berechtigt, für die Zeit danach Verzugszinsen in banküblicher Höhe zu verlangen. Einer gesonderten Mahnung bedarf es hierfür nicht. Die Geltendmachung eines weiteren Verzugs Schadens bleibt vorbehalten. Weiterhin wird W.I.S. die Mahnkosten in tatsächlich angefallener Höhe an den Auftraggeber berechnen. Als Datum des Eingangs der Zahlung, gilt der Tag, an welchem der Betrag bei W.I.S. vorliegt oder ihrem Konto gutgeschrieben wird. Das Risiko des Zahlungswegs geht zu Lasten des Auftraggebers. Werden Wechsel oder Schecks entgegengenommen, so erfolgt dies nur unter dem Vorbehalt der richtigen Einlösung. Diskontspesen und etwaige Nebenkosten gehen zu Lasten des Auftraggebers.

(2) Das Entgelt beruht auf den zur Zeit des Vertragsabschlusses geltenden tarifvertraglichen Vereinbarungen des Bewachungsgewerbes sowie den notwendigen zusätzlichen technischen Kosten der AES und der NSL. Erhöhen sich diese Gesamtkosten oder treten andere gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die die Preise beeinflussen, so kann das Entgelt um den gleichen Prozentsatz, der seit Vertragsabschluss beziehungsweise seit der letzten Anpassung angefallenen Mehrbelastungen angepasst werden. Diese Änderung gilt von dem der Änderung folgenden Kalendermonat an. Alle Preise sind als Nettopreise ausgewiesen. Auf die Nettopreise wird die jeweils gültige Mehrwertsteuer aufgeschlagen. Werden Leistungen erst nach mehr als vier

Monaten nach Vertragsschluss durchgeführt, kann W.I.S. die Preise anpassen, wenn nachträglich die Leistungen durch neu hinzukommende öffentliche Abgaben, Nebengebühren oder deren Erhöhungen oder eine Änderung der Kostenfaktoren wie Lohn-, Material- und Energiekosten, auf denen die Preise beruhen, mittelbar oder unmittelbar betroffen und verteuert werden.

(3) Alle aus dem Betrieb der kundenseitigen Übertragungseinrichtung entstehenden Kosten und Gebühren trägt der Auftraggeber, soweit keine anderslautende schriftliche Regelung existiert. Der Auftraggeber erstattet W.I.S. darüber hinaus sämtliche entstandenen Kosten für den Fall, dass die vom Auftraggeber genannten Personen im Alarmfall telefonisch nicht erreichbar sind.

(4) Kommt der Auftraggeber seinen Vertragspflichtungen trotz schriftlicher Mahnung nicht nach, kann W.I.S. die Leistung bis zur Erfüllung einstellen, ohne dass dies ihren Anspruch auf Zahlung des laufenden Entgeltes beeinträchtigt. Sie kann ferner den Vertrag fristlos kündigen und Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Bei Anlagen mit Aufschaltungen auf Hauptmelderanlagen der Polizei oder Feuerwehr und/oder VdS-Anlagen wird W.I.S. jeweils eine entsprechende Mitteilung an die zuständigen Stellen weiterleiten.

5. Vertragsdauer / Kündigung

(1) Das Vertragsverhältnis eines Aufschaltungsvertrages beginnt mit der Unterzeichnung des Vertrages und wird auf eine Dauer von mindestens 12 Monaten geschlossen, längstens jedoch bis zum Ende des Kalendervierteljahres der endgültigen Außerbetriebsetzung der Übertragungseinrichtung.

(2) Der Vertrag verlängert sich jeweils um 12 weitere Monate, wenn er nicht fristgerecht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird. Für die Dauer einer vorübergehenden (max. 3-monatigen), bei W.I.S. angemeldeten



Außerbetriebsetzung ruhen die Verpflichtungen aus dem Aufschaltungsvertrag und zur Zahlung des Entgeltes.

(3) Nach Vertragsbeendigung oder Außerbetriebsetzung, ist der Auftraggeber verpflichtet, die bestehende Übertragungseinrichtung innerhalb von 8 Tagen nach Vertragsbeendigung oder Außerbetriebsetzung, stillzulegen. Sollte der Auftraggeber dieser Verpflichtung nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, ist er trotz Vertragsbeendigung oder Außerbetriebsetzung bis zur endgültigen Unterbrechung der Übertragungseinrichtung verpflichtet, die hieraus entstehenden Kosten gem. den gültigen Preislisten der W.I.S. zu tragen.

(4) Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Vertragsablauf. Ist der Auftraggeber ein Unternehmer, muss die Kündigung in Schriftform (§ 126 BGB) erfolgen. Ist der Auftraggeber Verbraucher, muss die Kündigung in Textform (§ 126 b BGB) erfolgen.

6. Gewährleistung und Haftung

(1) Eine Haftung für die Übertragungsgeräte des Auftraggebers bzw. des Endkunden und die Übertragungswege selbst, sofern sich diese nicht im alleinigen Einflussbereich des Auftragnehmers befinden, wird von der W.I.S. nicht übernommen.

7. Technische Meldungen

(1) Die Übertragungseinrichtung für Gefahrenmeldungen darf nur im Falle der Gefahr betätigt werden. Technische Meldungen zur Überprüfung der Betriebsbereitschaft sind grundsätzlich nur im Einvernehmen mit W.I.S. zulässig. W.I.S. haftet in keinem Fall für Kosten, die bei der Entsendung der Einsatzkräfte entstehen. Diese Kosten gehen allein zu Lasten des Auftraggebers.

8. Leistungszeit / Leistungserbringung

(1) Die Leistungszeit beginnt mit dem Zugang der unterzeichneten Maßnahmenpläne, jedoch nicht vor Klärung aller Ausführungseinzelheiten und Erfüllung aller sonstigen vom Vertragspartner zu erbringenden Voraussetzungen. Im Falle höherer Gewalt kann W.I.S. a) während der Dauer der Verhinderung und einer angemessenen Anlaufzeit die Leistung hinausschieben. b) wegen des nicht erfüllten Teils vom Vertrag zurücktreten. In diesem Fall verpflichtet sich W.I.S. den Auftraggeber unverzüglich zu informieren und gegebenenfalls die Gegenleistung zurückzuerstatten. Unter höherer Gewalt sind alle von W.I.S. nicht zu vertretenden Umstände, die Leistungen von W.I.S. oder ihrer Lieferanten wesentlich erschweren oder unmöglich machen, zu verstehen. Hierzu zählen beispielsweise: Krieg, Bürgerkrieg, Terroranschläge, Unruhen, Aufruhr, Betriebsstörungen, Streik, Aussperrungen, Brand und behördliche Verfügungen. W.I.S. behält sich das Recht vor, aufgeschaltete bzw. überwachte Alarmobjekte, welche über das normale Maß hinaus, die operativen Abläufe sowie die Erreichbarkeit der zur Verfügung gestellten Empfangstechnik belasten, von der Überwachung auszuschließen. W.I.S. verpflichtet sich von diesem Verhalten ausschließlich dann Gebrauch zu machen, wenn Lösungsversuche des Vertragspartners nicht zur Verbesserung des bemängelten Zustands führen. Der Vertragspartner wird im Falle eines Ausschlusses der Überwachung, über die von W.I.S. getroffenen Maßnahmen unterrichtet.

9. Versicherung

(1) W.I.S. unterhält eine Betriebshaftpflichtversicherung gem. DIN 77200 mit folgenden Deckungssummen:

- a) € 1.500.000,00 bei Personenschäden
- b) € 1.000.000,00 bei Sachschäden
- c) € 250.000,00 bei Vermögensschäden, sowie Schäden durch Verletzung des BDSG
- d) € 150.000,00 bei Abhandenkommen überlassener Schlüssel
- e) € 250.000,00 bei Abhandenkommen bewachter Sachen.

(2) Die vorstehend aufgeführten Deckungssummen nimmt der Auftraggeber zu Kenntnis. Nach seiner Wertung sind diese ausreichend, um objekt- und vertragstypische Risiken abzudecken. Der Auftraggeber kann von W.I.S. den Nachweis über den Abschluss und Bestand einer Haftpflichtversicherung für Bewachungsunternehmen mit den aufgrund der Verordnung über das Bewachungsgewerbe vom 23. Juli 2002 – s. Bekanntmachung der Neufassung vom 10. Juli 2003 (BGBl. S. 1378 ff.) - festgelegten Inhalten verlangen. Entsprechend den zwischen W.I.S. und ihrem Betriebshaftpflichtversicherer geltenden Versicherungsbedingungen ist eine Haftung von W.I.S. in Fällen höherer Gewalt sowie für Schäden, die unmittelbar oder mittelbar auf Kriegsereignissen, anderen feindseligen Handlungen, Terror, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Naturkatastrophen oder unmittelbar auf hoheitlichen/behördlichen Verfügungen oder Maßnahmen beruhen, ausgeschlossen. Sollte W.I.S. der Deckungsschutz versagt werden aufgrund von Umständen, die vom Auftraggeber zu vertreten sind, so entfällt eine etwaige Haftung von W.I.S. in der Höhe, in der bei ordnungsgemäßigem Verhalten Versicherungsschutz erteilt worden wäre. Der Auftraggeber wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass W.I.S. als Versicherungsnehmerin nach den AHB eine Reihe von Obliegenheitspflichten zu erfüllen hat, insbesondere jeden Schadensfall ihrem Versicherer unverzüglich, spätestens innerhalb von einer Woche nach Kenntnisnahme bzw. der Möglichkeit der Kenntnisnahme, schriftlich anzuzeigen (§ 5.2 AHB). W.I.S. ist aufgrund der bestehenden Versicherung verpflichtet, den Anspruch bei Anzeige der Ablehnung der Schadenregulierung/Deckungszusage durch den Versicherer innerhalb von sechs Monaten gerichtlich geltend zu machen (§ 10 AHB).

10. Alarmierung Ordnungsbehörden

(1) Bei einer Alarmierung der Polizei/Feuerwehr durch W.I.S. bzw. einen Dritten gemäß Alarmplan wird dieser ausdrücklich im Namen und für Rechnung des Auftraggebers, der der kostenrechtliche Verursacher des Einsatzes ist, tätig. Unabhängig davon, ob die Rechnung auf den Namen des Auftraggebers oder Auftragnehmers bzw. den eingesetzten Dritten als direkte Kontaktperson durch die bescheidende Behörde (Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt usw.) gerichtet wird, ist der Auftraggeber als Verursacher verpflichtet, W.I.S. den verauslagten oder noch zu verauslagenden Betrag nach Rechnungsstellung innerhalb von 14 Tagen zu erstatten.

(2) Für die Bearbeitung und Weiterleitung von Rechnungen der bescheidenden Behörde wie z.B. Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt usw. an den Auftraggeber, erhebt W.I.S. zum jetzigen Zeitpunkt eine Bearbeitungsgebühr von EUR 13,78 zzgl.





MwSt. Die Gebühr ist nach Rechnungsstellung innerhalb von 14 Tagen vom Auftraggeber zu erstatten.

11. Schadensersatz

(1) Die Haftung von W.I.S. für Sach- und Vermögensschäden, die von ihr selbst, ihren gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht werden, ist auf die in Ziff. 9 aufgeführten Summen begrenzt, wenn der Schaden nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der W.I.S. selbst ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen oder infolge einer schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten verursacht worden ist.

(2) In jedem Fall gewöhnlicher Fahrlässigkeit ist die Haftung auf den bei vergleichbaren Geschäften dieser Art typischen und vorhersehbaren Sach- und Vermögensschäden begrenzt.

(3) Die gesetzliche Haftung wegen schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleibt unberührt.

(4) Eine weitergehende Haftung auf Schadensersatz als in Ziff. 11 Abs. 1 vorgesehen, ist - mit Ausnahme der Personenschäden - ausgeschlossen.

(5) Schadensersatzansprüche müssen innerhalb einer Frist von vier Wochen, nachdem der Anspruchsberechtigte, seine gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen von dem schädigenden Ereignis Kenntnis erlangt haben, gegenüber W.I.S. geltend gemacht werden. Ist der Auftraggeber ein Unternehmer, muss die Geltendmachung in Schriftform (§ 126 BGB) erfolgen. Ist der Auftraggeber Verbraucher, muss die Geltendmachung in Textform (§ 126 b BGB) erfolgen. Kann innerhalb dieser Frist die Höhe des Schadens noch nicht bestimmt werden, so ist es ausreichend, aber auch erforderlich, dass der Schaden dem Grunde nach geltend gemacht wird.

(6) Schadensersatzansprüche, die nicht innerhalb der Frist geltend gemacht werden sind ausgeschlossen. Bei Anzeige der Ablehnung der Schadenregulierung durch den Versicherer der W.I.S. wird W.I.S. den Auftraggeber hierüber unverzüglich schriftlich unterrichten. In diesem Fall muss der Auftraggeber seinen Anspruch gegenüber W.I.S. innerhalb der durch die AHB (§ 10 AHB) festgelegten Fristen gerichtlich geltend machen; andernfalls ist die weitere Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen vom Auftraggeber gegenüber W.I.S. mit Ablauf dieser Frist abgelaufen.

12. Schlussbestimmungen

(1) Im Rahmen der Vorfallobearbeitung und des Alarmmanagements werden aus Sicherheitsgründen Telefongespräche in unserem Rechenzentrum aufgezeichnet. Unsere Informationen zum Datenschutz und zu den Rechten der betroffenen Personen sind unter <https://www.wis-sicherheit.de/de/Impressum/Datenschutzinformation> abrufbar.

(2) W.I.S. ist berechtigt, die im Zusammenhang mit den Geschäftsbeziehungen erhaltenen Daten über den Vertragspartner im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung bzw. des Bundesdatenschutzgesetzes zu verarbeiten und zu speichern, soweit dies im Rahmen der Durchführung des Vertrages zweckmäßig erscheint.

(3) W.I.S. veröffentlicht die Datenschutzerklärung sowie die Information zur Datenverarbeitung nach Artikel (Art.) 13, 14 und 21 DSGVO in der jeweils aktuellen Fassung im Internet auf ihrer Homepage (www.wis-sicherheit.de). Ältere Versionen stellt sie zur Einsicht in einem Archiv bereit.

(4) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag gelten Vereinbarungen in folgender Reihenfolge:

a) Vertrag inkl. Leistungsbeschreibung, Maßnahmenplan und AGB der W.I.S.

b) Gesetzliche Regelungen

(5) Ist der Auftraggeber Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder handelt es sich um öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist Erfüllungsort und Gerichtsstand der Sitz der Betriebsleitung von W.I.S. Diese Gerichtsstand-Vereinbarung gilt ausdrücklich auch für den Fall, dass

a) die im Klagewege in Anspruch zu nehmende Partei nach Vertragsabschluss ihren Sitz, Wohnort und / oder gewöhnlichen Aufenthaltsort verlegt;

b) Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis im Wege des Mahnverfahrens geltend gemacht werden;

(6) W.I.S. ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag oder den Vertrag als Ganzes an ein mit ihr verbundenes Unternehmen bzw. Kooperationspartner zu übertragen, ohne dass es dafür einer ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers bedarf. Die Aufrechnung mit Gegenforderungen des Auftraggebers ist ausgeschlossen, soweit diese nicht unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

13. Verbraucherstreitbeilegung

W.I.S. ist nicht verpflichtet und nicht bereit an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 36 Abs. 1 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) teilzunehmen. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der Streitbeilegung durch eine Verbraucherschlichtungsstelle im Rahmen einer konkreten Streitigkeit bei Zustimmung beider Vertragsparteien (§ 37 VSBG).

